



Bündnis 90/Die Grünen GAL Hamburg

1. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um die schulische Bildung in Hamburg zu verbessern?

Die Hamburger Schulen müssen ihren Beitrag dazu leisten, die Allgemeinbildung und Ausbildungsfähigkeit von Schulabgängern nachhaltig zu verbessern. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die die Schule abbrechen oder nicht berufsausbildungsfähig sind, ist in Hamburg besonders groß. Zudem gibt es zu wenige AbiturientInnen. Einer der Gründe: Oft erfolgt die Auslese im gegliederten Schulsystem nach sozialer Herkunft, nicht nach Leistung und Leistungsmöglichkeiten. Heute sind die Prognosen für die schulische Entwicklung nach der 4. Klasse bei bis zu 40 Prozent der SchülerInnen nicht richtig. Zu viele Kinder landen, weil sie MigrantInnen oder ihre Eltern arm sind, auf der falschen Schule. Ein Zwei-Säulen-Modell, das mit dem Fortbestand von Förder- und Sonderschulen wie in Sachsen ein Drei-Säulen-Modell ist, zementiert diese große Ungerechtigkeit. Damit entwickelt sich eine neue Form der Restschule und eine neue Dreigliedrigkeit. Statt die Kinder nach ihrem sozialen Status oder ihrer Herkunft zu sortieren müssen wir in alle Talente und Persönlichkeiten investieren.

Daher fordert die GAL mit dem Schulkonzept „9 macht klug“ (www.9machtklug.de) seit Jahren eine umfassende Reform der Schulen. Unser Ziel: Alle Schülerinnen und Schüler müssen individuell gefördert werden – niemand darf wegen seiner Herkunft oder seiner sozialen Situation ausgesondert werden. Die neue Schule muss daher leistungsstark und sozial gerecht sein.

Konsequenterweise geht es daher um die innere Schulreform in Bezug auf die Unterrichtsqualität und um die Entwicklung einer Schule für alle Kinder – von der Vorschule bis zur 9 Klasse. Wir wollen weg vom Lernen im Gleichschritt, bei dem alle in einer Klasse das Gleiche im gleichen Tempo lernen. Kinder sind sehr unterschiedlich und entwickeln sich auch ganz unterschiedlich. Wer mit Acht weniger gut schreibt, kann später immer noch einen Nobelpreis gewinnen. Doch das geht nur, wenn die Schule die SchülerInnen unterstützt und nicht bei einem Formtief gleich aussortiert.

Wie das geht, machen uns die Max-Brauer-Schule oder die Reformschule Winterhude vor. Dort orientiert sich das Unterrichtstempo nicht an den Langsamsten – jeder und jede lernt im eigenen Tempo. Davon profitieren auch die besonders Schnellen, denn in gemischten Gruppen wird auch besser voneinander gelernt. Der schwächere Schüler lernt viel besser vom Stärkeren. Und die Stärkere lernt dazu, wenn sie dem Schwächeren alles erklärt.



Um hinreichend Raum für individuelle Förderung zu bieten, wollen wir die Schule für alle als Ganztagschule, in der in keiner Klasse mehr als 25 SchülerInnen sitzen. Unsere Schule für alle ist keine Einheitsschule. Im Gegenteil: Wir wollen die Autonomie der Schulen ausbauen; sie sollen unterschiedliche Profile entwickeln können. Dabei sind sie in eine regionale Schulentwicklung eingebunden, die gemeinsam mit allen Akteuren in der Region gestaltet wird. Dazu gehören neben den Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen auch die Stadtteileinrichtungen, Sportvereine und nicht zuletzt die Betriebe. Den Weg zur Schule für alle können wir nur Schritt für Schritt vorangehen. Insgesamt wird der konsequente Umbau der Schulstrukturen in zwei Legislaturperioden erfolgen.

2. Was wird Ihre Partei konkret unternehmen, um zu verhindern, dass Schulstunden ausfallen?

Wer heute mit Eltern spricht, dem wird schnell klar, dass Unterrichtsausfall zum Alltag in jeder Familie mit Schulkindern gehört. Der Grund: Eine Mischung aus längerfristigen und kurzfristigen Krankheitsfällen im Lehrerkollegium. Wir meinen, dass eine kurzfristige Vertretung innerhalb der ersten 4 Wochen mit dem Lehrerkollegium der Schule organisiert werden muss. Sobald jedoch der Ausfall eines Pädagogen länger dauert, muss die Behörde Unterstützung leisten. So ist es auch in der momentan gültigen „Richtlinie zur Vermeidung von Unterrichtsausfall“ von 1999 vorgesehen. Leider kommt die Schulbehörde ihrer Verpflichtung, Ersatzlehrerkräfte zu stellen, zu oft nicht nach. Selbst in Fällen von vorhersehbaren Ausfällen oder auch bei Schwangerschaftsvertretungen müssen die Schulen monatelang auf Ersatz warten. Die GAL hat sich daher in den letzten Jahren immer wieder mit dem Unterrichtsausfall beschäftigt und das Thema auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gebracht. Wir wollen erreichen, dass die Schulen in Zukunft verlässlich und zeitnah Ersatzlehrer bekommen. Dazu wollen wir einen regionalen Vertretungspool einrichten und diesen ausreichend finanzieren.

3. Die Begabungen der Schülerinnen und Schüler sind ungleich verteilt. Was wird Ihre Partei unternehmen, um Schülerinnen und Schülern individuell zu fördern?

s. Antwort zu Frage 1)

4. Wird es im Falle einer Regierungsbeteiligung Ihrer Partei weiterhin die Möglichkeit des Sitzenbleibens und Wiederholens einer Klasse geben?

Nein, in unserem Konzept 9 macht klug fordern wir seit längerem, das Sitzenbleiben abzuschaffen. Dazu werden wir die Ausbildungs-, Zeugnis- und Versetzungsordnungen und die konzeptionelle Gestaltung der Bildungsgänge in den Schulen umgestalten, so dass es ab dem Schuljahr 2008/2009 keine Wiederholer/-innen mehr gibt. Die gewonnenen finanziellen Mittel (ca. 22 Mio. Euro/ca. 380 Stellen) werden dafür eingesetzt, die konzeptionelle Gestaltung und Umsetzung der Bildungsgänge ohne Wiederholer/-innen zu unterstützen und den Schulen ohne Sitzenbleiber/-innen die dadurch freiwerdenden personellen Ressourcen für die individuelle Förderung zur Verfügung zu stellen.



5. Plant Ihre Partei, die Leistungen von Lehrern zu evaluieren?

Eine gute Evaluationskultur sollte heute zum Alltag einer jeden Schule gehören. Dies zu fördern, ist eine wichtige Aufgabe von unterstützender Schulpolitik. Wir setzen dabei auf eine Mischung von interner und externer Evaluation. Zum einen können die Schulen – aber auch die einzelnen Lehrer durch eine regelmäßige Überprüfung der Lernstände wichtige Erkenntnisse über die Wirkung ihrer Arbeit gewinnen. Handelt es sich um die auf eine einzelne Schule bezogenen Ergebnisse vergleichender Schulstudien oder einer Schulinspektion so muss diese in erster Linie dazu dienen, die Wirksamkeit und Organisation der Schule bzw. des Unterrichts zu überprüfen und zu verbessern. Dies gelingt am besten, wenn die Schulen selbst entscheiden können, wie sie mit den Daten umgehen. Das bedeutet, sie müssen z.B. in der Schulkonferenz unter Beteiligung der Eltern und LehrerInnen festlegen, welche und wie Ergebnisse veröffentlicht werden.

6. Wird Ihre Partei einen Ausbau der Ganztagsschulangebote betreiben?

Ja. Der schrittweise flächendeckende Ausbau von Ganztagschulen muss dabei ausreichend finanziert werden. Eine Ganztagschule „light“, wie sie momentan ausgebaut wird und die überwiegend auf Honorarkräfte setzt, lehnen wir ab. Für uns stehen dabei die Grundschulen im sozialen Brennpunkt Hamburgs im Vordergrund. Der erste Schritt: Keines dieser Stadtviertel bleibt ohne Ganztagsgrundschule. Dazu wollen wir ab 2008 zusätzlich 20 Grundschulen zu Ganztagschulen ausbauen.

